



Vedran Džihić

30. Juli 2007

*Kosovo 2007
Quadratur des Kreises,
Die geyogen werden muss*

e-mail: vedran.dzihic@ceis-eu.org

Abstract

CEIS working papers cover the extended discussion on European integration themes as they relate to the entire region of South-East Europe, including country-specific as well as cross-cutting issues. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorization of the CEIS or the author(s). The views expressed in this paper do not necessarily reflect those of the CEIS. This paper can be downloaded without charge from www.ceis-eu.org.

Seit bald fast zwei Jahren stehen die Verhandlungen über den Status des Kosovo wieder im Mittelpunkt der seit den Kriegen geringer gewordenen, aber doch vorhandenen Aufmerksamkeit für den Raum des ehemaligen Jugoslawien. Diskussionen nach dem Prinzip „Was wäre wenn“ und „Was könnten die Folgen sein, wenn diese und jene Lösung kommt“ reißen auch während des Jahres 2007 nicht ab. Dass die Debatten heute genauso wie im Herbst 2005 bei der Einleitung des Statuslösungsprozesses in Folge des Berichts von Kai Eide an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen so gut wie ausschließlich vom Status und den Optionen zur Erreichung bzw. zur Verhinderung desselben dominiert sind, bedingt einen gefährlichen Stillstand in der Entwicklung des Kosovo, in seinem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess. Die Statusfrage scheint der gordische Knoten des Kosovo und der gesamten Region zu sein: mit einer in Richtung einer Unabhängigkeit gehenden Lösung ist eine ganze Reihe von schwerwiegenden Problemen verbunden, hingegen prolongiert und vertieft jegliches Aufschieben der Lösung ohnehin schon lange andauernde Krise im Kosovo.

Von albanisch-serbischen Status-Verhandlungen als „No-Solution“ zur Großmachtpolitik im Rahmen der UNO

Der Bericht des von UN-Generalsekretär eingesetzten Sonderbeauftragten Kai Eide im Oktober 2005ⁱ leitete die heiße Phase der Statusverhandlungen ein und führte in Folge in den letzten fast zwei Jahren zu einer Statushysterie, die so gut wie alle anderen relevanten Probleme des Kosovo ungelöst gelassen hat und zu einer weiterhin angespannten Situation im Jahr 2007 führt. UN-Generalsekretär und der UN-Sicherheitsrat setzten den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari zum „Gesandten für den künftigen Status“ ein. Das Verhandlungsteam rund um Ahtisaari und seinen österreichischen Stellvertreter Albert Rohan nahm am 20. Februar 2006 in Wien die Verhandlungen über die Lösung der Statusfrage auf. Der Verlauf der Verhandlungen ist bekannt: in keinem der substantiellen Punkte konnte eine Einigung erzielt werden, das Klima war geprägt durch gegenseitige Vorwürfe und Misstrauen, so dass die ganzen Verhandlungen zu einem großen und allgemeinen Schweigen trotz ständigen Redens verkommen sind. Die Kosovo-Albaner beharrten auf ihrer Unabhängigkeitsforderung, die Mitglieder der serbischen Delegation, immer ganz klar auf die verfahrenere innenpolitische Lage in Serbien achtend, beharrten hingegen gerade auf der Ablehnung der kosovarischen Unabhängigkeitsforderung.

Vielleicht war es ein Fehler des Verhandlungsteams rund um Ahtisaari, von der serbischen Delegation keine detaillierten und verbindlichen Vorstellungen über ihre Vision der Zukunft des Kosovo zu verlangen. So weiß man bis heute nicht, wie sich die serbische Delegation konkret einen Kosovo innerhalb Serbiens vorgestellt hätte, was Serbien mit fast zwei Millionen ihnen feindlich gesinnten Kosovo-Albanern als gleichberechtigten Staatsbürgern Serbiens getan hätte, wie viele Abgeordnete die Albaner im Belgrader Parlament bekommen und welche Ministerien die albanischen Vertreter erhalten hätten. Wie dem auch sei, die Verhandlungen brachten nicht nur keine Annäherung, sondern sogar eine tendenzielle Verhärtung der Fronten.

Ahtisaari präsentierte daraufhin seinen „Comprehensive proposal for a Kosovo Status Settlement“ am 2. Februar 2007. Nach einer weiteren Runde der Verhandlungen zwischen den Spitzenvertretern der Serben und der Kosovo-Albaner im Februar und März kam Ahtisaari zum Schluss, dass zusätzliche Verhandlungen angesichts der diametral entgegen gesetzten Positionen der beiden Seite keinen Sinn mehr machen würde und einen endgültigen Bericht vorlegen würden. Am 26. März wurde das endgültige Dokument für die Lösung der Statusfrage „Final Comprehensive Proposal“ zusammen mit dem Bericht von Ahtisaari dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York übergeben.ⁱⁱ Seit diesem Zeitpunkt dauert das politische Hick-Hack rund um den Ahtisaari-Vorschlag zwischen New York, Washington, Moskau, Brüssel, Belgrad und Pristina, so dass sich ein wirklicher Kompromiss keinesfalls abzeichnet.

Was steht am Spiel? Der Plan von Ahtisaari läuft auf eine bedingte oder kontrollierte Unabhängigkeit des Kosovo hinaus, das nach dem Plan von Ahtisaari ein multiethnisches, stabiles, demokratisches staatliches Gebilde sein soll, das das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit voll respektiert und alle international geltenden Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet. Die neu zu bestimmende kosovarische Regierung soll laut dem Ahtisaari-Plan das Recht besitzen, internationale Verträge abzuschließen und um die Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen ansuchen zu können. Auch die Schaffung einer eigenen bewaffneten Sicherheitstruppe, die die Funktion einer Kosovo-Armee übernehmen sollte, ist vorgesehen.

Die internationale Souveränität des Kosovo würde aber durch eine massive internationale Präsenz und die weitgehenden Vollmachten eines neu zu bestimmenden Internationalen Zivilen Repräsentanten beschränkt werden. Dieser internationale Repräsentant soll laut dem Ahtisaari-Plan — ähnlich dem Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina — das Recht besitzen, staatliche Funktionäre abzusetzen und Gesetze zu ändern.

Im Plan sind auch besondere Schutzmaßnahmen für die nicht-albanischen Bewohner des Kosovo vorgesehen, insbesondere für die serbischen Bewohner des Kosovo, aber auch für Roma, Ashkali, Goraner, Bosniaken und Türken. Neben den allen Minderheiten garantierten kulturellen Autonomierechten und dem Recht auf eigene Symbole und repräsentative Vertretung in den kosovarischen Institutionen sieht der Plan auch weitgehende Autonomierechte für die serbische Bevölkerung im Kosovo, die in den mehrheitlich serbischen besiedelten Gemeinden umfassende Rechte im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie im Bereich der polizeilichen Arbeit erhalten sollen.

Darüber hinaus ist — bis zu einem gewissen Grad an die in Bosnien und Herzegowina mit dem Dayton-Abkommen eingeführte und bislang die Entwicklung des bosnischen Staates bremsende Vetomöglichkeit für Entitäten angelehnte — die Möglichkeit vorgesehen, bei Verletzung „vitaler Interessen“ der serbischen Bevölkerung das Veto-Recht im kosovarischen Parlament einzusetzen, weiters auch die Möglichkeit einer transparenten finanziellen Unterstützung der Kosovo-Serben durch Serbien sowie ein spezieller Schutz serbischer Heiligtümer und religiöser Denkmäler.

Kaum waren die Inhalte des Plans bekannt, schon vertiefte sich noch einmal die Kluft zwischen der serbischen und der albanischen Seite. „Wir werden auf keinen Teil unseres Staates verzichten“, verkündete der alte und neue serbische Premierminister Koštunica. Andere Vertreter der Serben schlossen sich an, wobei die Radikale Partei sogar so weit geht, einen Einsatz des Militärs zum Schutz des Kosovo zu verlangen, während die Demokratische Partei des Staatspräsidenten Boris Tadić etwas moderater ist und für eine enge Zusammenarbeit Serbiens mit der internationalen Staatengemeinschaft plädiert. Die Unabhängigkeit lehnt aber auch Tadić ab.

Die kosovo-albanischen Vertreter begrüßten in ersten Reaktionen den Ahtisaari-Plan, da er sie ihrem Hauptziel der Unabhängigkeit des Kosovo näher bringt. Für einige albanische Bewegungen wie vor allem für die prominente „Selbstbestimmungsbewegung“ von Albin Kurti ist der Plan inakzeptabel, da er keine volle Souveränität für den Kosovo beinhaltet und für Serben einen „Staat im Staate“ vorsieht. Es ist in der Tat vollkommen ungewiss, wie die albanische Seite in der Phase der Implementierung des Plans, natürlich falls er in dieser Form eine Mehrheit im Sicherheitsrat der UNO finden sollte, auf die weitgehenden Rechte der serbischen Bevölkerung reagieren würde und wie schwer sie sich mit einem neuen Protektor in der Form der EU tun würden. Frustrationen und lang andauernde Probleme ähnlich jenen in Bosnien und Herzegowina sind also keinesfalls ausgeschlossen.

Da wie dargelegt die serbische und kosovo-albanische Seite auch in der Phase der Diskussionen über den Ahtisaari-Plan nicht die geringsten Zeichen der Annäherung zeigen, wird die Lösung nur als Teil eines vor allem durch die Interessen der Großmächte im Sicherheitsrat bestimmten und definierten Pakets möglich sein.

Die Unmöglichkeit einer Verhandlungslösung und die damit verbundene „Verlegung“ der Entscheidung in den Sicherheitsrat macht die Kosovo-Frage zu einer brisanten weltpolitischen Angelegenheit und zu einem Spielball der Großmachtinteressen. Während die USA eindeutig auf die Unabhängigkeit des Kosovo drängen, bremst das Putin-Rußland mit seinem neu gewonnenen und demonstrativ zur Schau getragenen außenpolitischen Selbstbewusstsein jegliche Lösung, die in die Richtung einer Unabhängigkeit gehen würde und stärkt mit der Drohung eines Vetos der serbischen Regierung den Rücken.

Auch die EU ist auch keinesfalls geschlossen in ihrer Haltung zum Status: während einige Staaten die Unabhängigkeit unterstützen, sind andere wegen eigener Probleme mit nationalen Minderheiten eher dagegen. Letztlich werden aber die Staaten der EU sicherlich an einem Strang ziehen, so dass die Entscheidung tatsächlich zwischen den USA und Russland mit einer gewissen Rolle des noch nicht entschiedenen Chinas getroffen werden wird. Nach dem Besuch der Delegation des Sicherheitsrates im Kosovo Ende April 2007 sind die Differenzen zwischen Amerikanern und Russen sowie anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates nicht kleiner geworden. Die NZZ titelte angesichts dieser verfahrenen Situation „Der Sicherheitsrat über Kosovo tief zerstritten“^{ciii}, die Frankfurter Allgemeine „Kosovo-Plan vor dem Aus“^{civ}, letztlich wird mit jedem weiteren Konflikt im Sicherheitsrat die Option einer de-facto-Teilung des Kosovo und der Prolongierung der Krise wahrscheinlicher.

Die Verfahrenheit der Situation und zuweilen Ratlosigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts der komplexen Lage spitzte sich im Juli 2007 nochmals zu. Mit der russischen Ablehnung der im Juli 2007 präsentierten und im Sicherheitsrat diskutierten Kompromisslösung wurde einmal mehr deutlich demonstriert, dass die Kosovo-Frage zu einem Spielball im Interessenspiel zwischen den USA und Russland wurde, bei dem die Einsätze viel eher Raketabwehrfrage als Kosovo lauten. Mit dem neuesten Schritt der Verlagerung weiterer Debatten über den Status in den Rahmen des Kosovo-Kontaktgruppe (Frankreich, Italien, Deutschland, Großbritannien, USA und Russland) wird indes neuerlich versucht, Zeit zu gewinnen.

Es ist allerdings auch diesmal klar, und dies haben die Reaktionen auf die Ablehnung des Kompromissvorschlags am 20. Juli 2007 deutlich gezeigt: sowohl von der kosovo-albanischen als auch von der serbischen Seite sind auch im Rahmen neuer Verhandlungen keine Kompromisse zu erwarten. Die serbische Seite pocht, wie in der Resolution des Parlaments in Belgrad vom 25. Juli klar betont wurde, weiterhin auf die Erhaltung der Souveränität Serbiens und ihrem Vorschlag einer weitgehenden Autonomie für den Kosovo, ohne klar zu explizieren, was diese weitgehende Autonomie in der Praxis bedeuten soll; die kosovo-albanische Seite rückt von der Unabhängigkeit als ihrem politischen Mantra nicht ab und kann nur mit direkten Interventionen der USA von einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung abgehalten werden. Indes wird die Ungeduld der Bevölkerung des Kosovo immer größer und die substantiellen Probleme des Kosovo bleiben ungelöst.

Eine solche sehr düstere und unsichere Status-Bilanz im Sommer 2007 hat eine ganze Reihe von Implikationen. Egal welche Lösung zustande kommt, sind neue Konflikte nicht ausgeschlossen. Wird der Kosovo unabhängig, ist angesichts der radikalen Haltung der Serben im Norden des Kosovo eine de-facto-Teilung nach dem zypriotischen Vorbild nicht ausgeschlossen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Kosovo auf Jahre hinaus ein krisenhaftes Gebilde bleiben, das Instabilität in sein unmittelbares Umfeld ausstrahlen würde, in die nur scheinbar stabilen Bosnien und Herzegowina und Mazedonien als auch nach Serbien.

Kommt es hingegen nicht bald zu einer zumindest vorläufigen Lösung der Statusfrage, werden die Ungeduld und die Frustration der Kosovo-Albaner, die ohnehin durch ein Leben im Schwebestand seit 1999 groß sind, weiter ansteigen und die Gefahr einer den Unruhen im März 2004 ähnlichen Situation vergrößern. Auch dieses Szenario würde den Kosovo in seiner Entwicklung empfindlich zurückwerfen.

Kosovo fernab der Statusfixierung – eine Bilanz der Frustrationen, der leeren Versprechungen und Beschwichtigungen

Abseits dieser auf den Status zugespitzten Analyse könnte man unabhängig von der schlussendlichen Lösung der Statusfrage und angesichts der Entwicklung bzw. besser gesagt Nicht-Entwicklung des Kosovo in den Jahren seit 1999 in substantiellen Lebensbereichen im Jahr 2007 von einem Schwebezustand und einer Krise im Permanenz sprechen, in dem es einerseits der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen ist, einen positiven Frieden herbeizuführen, den Serben und Albanern andererseits noch weniger gelungen ist, zumindest einen die anderen duldenden und in ihrer scheinbaren Andersartigkeit anerkennenden *modus vivendi* zu finden.

Die diplomatischen Floskeln der Vertreter der internationalen Gemeinschaft und die (Selbst)täuschungen der kosovarischen politischen Eliten können also nicht die Tatsache verbergen, dass im Kosovo in Wahrheit schon seit einiger Zeit kaum Bewegung in substantiellen Bereichen gibt. Wir haben es im Kosovo mit einer Krise in Permanenz zu tun, die all die „Entscheidungsjahre“ ohne Entscheidung und unter kräftiger Beteiligung der internationalen Gemeinschaft in ihrer Pose des „wohlmeinenden Despoten“ anhält. Die „Unabhängigkeit“ bzw. ihre Verhinderung und die dahinter steckenden Argument sind bereits seit Jahren nichts anderes als eine diffuse und kaum bestimmte Projektionsfläche für eine bessere Zukunft.

Beide Seiten machen sich zu wenig ernsthaft Gedanken über den derzeitigen Zustand der kosovarischen Gesellschaft, über die wirtschaftliche Entwicklung, über die vielen arbeitslosen Jugendlichen, über die miserable Lage der Frauen, usw. Noch seltener werden konkrete Pläne für die Zeit nach der Lösung der Statusfrage entwickelt und diskutiert. Wenn sie vorgelegt und diskutiert werden kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie vielmehr eine Simulation der Geschäftigkeit und der Sorge für die Zukunft und die Menschen darstellen als einem tatsächlichen substantiellen Wunsch zur Veränderung des Status Quo.

Sehen wir uns einige wirtschaftliche und soziale Bereiche der Entwicklung des Kosovo an, die zuverlässige Indikatoren für den oben postulierten Stillstand und die permanente Krise liefern: Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert seit Jahren und es gibt abgesehen von einigen wenigen positiven Ansätzen (Modernisierung des Bankensektors, Zunahme der Kredite für Privatunternehmen) zurzeit keine realen Aussichten auf eine rasche Verbesserung. So sind die wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen weiterhin ausgesprochen negativ. So ist nach Angaben der UNDP das BIP pro Kopf von 2005 auf 2006 sogar ein wenig gesunken, das negative Saldo bei der Handelsbilanz erreichte Ende 2006 den Höchststand, die Anzahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag im Dezember 2006 bei 326.026 und war somit im Vergleich zu den Monaten und Jahren davor gestiegen.^v Von den offiziellen Arbeitslosen sind 86% langfristige Arbeitslose, bei denen die Frustrationen besonders stark sind und daher auch die Protest- und Gewaltbereitschaft tendenziell größer ist. Die Schätzungen über die offizielle Arbeitslosenziffer bewegen sich zwischen 23% und 42%. Wahrscheinlich dürfte die Arbeitslosenrate aber bei etwa 40% liegen, womit dies die höchste Quote in der Balkanregion wäre.

Besonders gravierend und besorgniserregend ist die Jugendarbeitslosigkeit, der Kosovo ist eine der jüngsten Gesellschaften Europas, was zur Folge hat, dass jährlich an die 30.000 neue Arbeitssuchende auf den Arbeitsmarkt strömen und nur etwa 6.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Unter den Frauen und den Angehörigen der Minderheiten ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Wenn man sich noch vor Augen hält, dass eine durchschnittliche Pension im Kosovo 40 Euro beträgt und die durchschnittlichen Gehälter 204 Euro betragen, dann wird das Bild noch dramatischer. Die Bevölkerung ist angesichts dieser Zahlen und der spürbar schlechter werdenden wirtschaftlichen und sozialen Lage immer verzweifelter und pessimistischer. Im März 2007 waren 76% aller Kosovaren unzufrieden mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation, was seit dem Jahr 2002 den höchsten Stand darstellt.^{vi} Zu diesen Problemen gesellen sich andere wie Korruption, Kriminalität, schlechte Bildungschancen, Benachteiligung der Frauen, etc.

Von UNMIK zur EU – Abschied vom Protektorat zugunsten einer partnerschaftlichen europäischen Politik im Kosovo?

Angesichts der alarmierenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung müsste bei der Entscheidung über den Status des Kosovo und bei der Planung der Übernahme der Aufgaben der UNMIK durch die EU viel intensiv darüber nachgedacht werden, wie ein Rückgang des Wirtschaftswachstums durch die bevorstehende Einschränkung der Präsenz der „Internationals“ aufgefangen und verhindert werden könnte und wie man eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung initiieren kann. Wie von der *International Crisis Group* bereits im Jahr 2006 argumentiert, wäre es notwendig, ein großzügiges Sofort-Hilfe-Programm der EU in Form einer „Independence Package“ zu schnüren. Die Schwerpunkte sollte hier vor allem Unterstützungsprogramme für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich der Bildung startet, einer Liberalisierung in der Visa-Politik und im Bereich der Landwirtschaft, in der 30-40% der kosovarischen Arbeitskräfte beschäftigt sind.^{vii}

Auf der anderen Seite muss jedoch getrachtet werden, durch Intensivierung von ausländischen Direktinvestitionen und einer Modernisierung der Strukturen in Industrie und Handel die Abhängigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft des Kosovo von externen Finanzspritzen und Zuschüssen langfristig abzubauen. Denn Auswirkungen der wirtschaftlichen Hilfe von Außen war bislang, wie es Vladimir Gligorov sehr pointiert ausdrückt, „im Kosovo wie auch in Bosnien und Herzegowina (...) ebenso Teil des Problems wie Teil der Lösung gewesen.“^{viii} Dieses „Independence-Package“ muss aber auch eine klare Perspektive für die Annäherung des Kosovo an die EU beinhalten. Das „Unabhängigkeitspaket“ für den Kosovo muss weiters technische Mechanismen und finanzielle Mittel vorsehen, mit denen der Kosovo möglichst rasch in den SAP-Prozess integriert werden kann und in einem regionalem Zusammenhang auch die Möglichkeit bekommt, als vollwertiger Partner der EU an ihren Pre-Accession-Fonds zu partizipieren.

Mit der zu erwartenden Übernahme der internationalen Verantwortlichkeit und Präsenz im Kosovo durch die EU und angesichts der Entwicklungen innerhalb der EU muss aber die Frage gestellt werden, ob die EU in der derzeitigen Form überhaupt in der Lage ist, eine so verantwortliche operative Aufgabe der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung einer Nachkriegs-Gesellschaft zu übernehmen und den Kosovo an die EU heranzuführen. Diese Frage stellt sich umso akuter vor dem Hintergrund der bislang doch immer wieder thematisierten Personalschwächen des EU-Personals im Kosovo^{ix} und der knappen Budgetvorgaben im EU-Budget für 2007 bis 2013.

Eine entscheidende Aufgabe für die neue EU-Mission wird vor allem darin bestehen, die bisherige Präsenz der internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo als „Protektoratsmacht wider Willen“ zu einer europäischen Mission umzufunktionieren, die in partnerschaftlicher Manier die erste Phase der Unabhängigkeit des Kosovo begleiten kann, ohne dabei die eigenen Wirkungsfelder maßlos auszudehnen und ohne in die Protektorats-Fälle hinzutappen, so wie dies in Bosnien und Herzegowina geschehen ist.

Suche nach der Quadratur des Kreises

Eine Kompromisslösung in der Statusfrage, mit der alle Seiten zufrieden sein würden, scheint derzeit nicht möglich. Die klassische Quadratur des Kreises, die bekanntlich nicht gezogen werden kann, wird also auch im Kosovo nicht gelingen. Es gibt aber eine andere Quadratur des kosovarischen Kreises, die man anders auch als die Kunst des Möglichen und des Besten inmitten des scheinbar Unmöglichen bezeichnen könnte.

Diese sollte erstens eine subtil verhandelte Lösung des Status beinhalten, die zu einer bedingten, „europäische“ begleiteten, Unabhängigkeit führt. Sie sollte zweitens eine Mission der EU inkludieren, die behutsam und nicht aus der Rolle eines dominanten Protektoratsherren einen genügend großen Druck auf die kosovo-albanischen und die serbischen politischen Eliten und Verantwortlichen ausübt und dabei das Konditionalitätsprinzip als eines der Grundbausteine der EU-Annäherung angemessen zum Einsatz bringt.

Drittens darf bei dieser Lösung nicht vergessen werden, dass der Schlüssel zur Lösung der bereits seit den 1980er Jahren stets apostrophierten kosovarischen Krise nicht in endlosen Wiederholungen der Konfliktpunkte und dem fast schon chronischen Berufung auf die geschichtliche Grausamkeit der jeweils anderen liegt, sondern in der Fokussierung aller Ressourcen und Bemühungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jüngsten Gesellschaft Europas, also konkret auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Investoren, auf saubere und auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit aufgebaute Verwaltung, auf intelligente Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dabei besonders der alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit, auf innovative Konzepte zur Regulierung der Migration, die — eingebettet in den Rahmen einer aktiven Migrationspolitik innerhalb der EU — neue Möglichkeiten für die Entwicklung des traditionell stark nach Europa ausgerichteten Population des Kosovo, etc.

Im Kosovo steht vieles am Spiel: die Sicherheit einer ganzen Region und das Leben ganzer Generationen, die seit den 1980er Jahren ohnehin schon so viel verloren haben und endlich ein normales Leben führen wollen, aber auch die Glaubwürdigkeit der internationalen Staatengemeinschaft, die mit enormen Ressourcen — mehr als jemals in der Geschichte des modernen „State-buildings“^{cx} — den Aufbau des Kosovo unterstützt hat und die sich ein Scheitern im Kosovo nicht leisten kann und darf. Ein Scheitern würde in der Tat aus dem Kosovo eine Zone der Unsicherheit und der prolongierten Krisen hinterlassen, die abgesehen von der Bevölkerung des Kosovo die ganze Region in Mitleidenschaft ziehen und die Annäherung des Balkans an die EU zu einem noch schwierigeren Unterfangen machen würde.

Vedran Džihic is Lecturer and Researcher at the Department for Political Sciences at the University of Vienna and Director of CEIS. Born in Bosnia-Herzegovina, he studied Political Sciences and Communication Sciences in Vienna. He also currently lectures at the post-graduate program, Interdisciplinary Balkan Studies (Diplomatic Academy Vienna) and coordinates the project *Imagining Europe: Perceptions of Europe and Changing Statehood in Bosnia-Herzegovina, Croatia and Serbia*. He is the editor of *Balkan anders* (Vienna). His recent publications include *The Intellectuals in the Yugoslav Crisis* (2004) and *The Kosovo-Balance* (co-authored with Helmut Kramer, 2005).

ⁱ Vgl. Kai Eide: A comprehensive review of the situation in Kosovo, S/2005/635, 7.10.2005.

ⁱⁱ Vgl. UN Security Council: Report of the Special Envoy of the Secretary-General on Kosovo's future status, (S/2007/168) and addendum, the Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement (S/2007/168/Add.1)

ⁱⁱⁱ NZZ, 30.4.2007

^{iv} Frankfurter Allgemeine, 3.5.2007

^v UNDP: Early Warning Report Kosovo 15, October-December 2006

^{vi} UNDP: Fast Facts, Kosovo Early Warning Report 16

^{vii} ICG: Kosovo: The Challenge of Transition, 17.2.2006, S. i und 6f.

^{viii} Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.8.2006

^{ix} Vgl. ICG Report: Kosovo: The Challenge of Transition, 17.2.2006, S. 16

CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STRATEGIES

SECRETARY-GENERAL

CHRISTOPHE.SOLIOZ@CEIS-EU.ORG

DIRECTOR – SARAJEVO OFFICE

SENAD.SLATINA@CEIS-EU.ORG

SENIOR EDITOR

TOBY.VOGEL@CEIS-EU.ORG

DIRECTOR – VIENNA OFFICE

VEDRAN.DZIHIC@CEIS-EU.ORG

The core mission of the Center for European Integration Strategies (CEIS) is to monitor, analyze, and advise on processes of state-building, democratization, regional cooperation, and European integration in Bosnia and Herzegovina and the countries of the Western Balkans. In its work CEIS will rely on a network of academics, analysts, and journalists established and fostered in past years by its predecessor organization. Their professional expertise is reflected and further developed through the future activities of the CEIS.

CEIS activities include, but are not limited to:

- **Publishing** analytical and investigative briefings on political, economic, social, human rights and other trend-setting issues in Bosnia and Herzegovina and the wider region;
- **Fostering** public dialogue through round tables, conferences, and other public debates on important developments in the society;
- **Training** political analysts, especially those involved in local government and on European integration issues;
- **Supporting** the work of emerging voices in the region in CEIS areas of interest;
- **Promoting** local ownership in policy processes and policy research in the region.

Visit us at www.ceis-eu.org

The publication of this working paper series was financially supported by the Geneva Center for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF). The opinions expressed in this brief do not necessarily reflect the official views of DCAF.

